



**Integration durch Sozialraumorientierung:
Die Weiterentwicklung und Öffnung der Sozialen Infrastruktur für
Migranten und Migrantinnen durch Lebensweltbezug, Vernetzung
und Partizipation**

Projektkonzeption

Mainz, September 2005

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ism)
Kaiserstraße 31
55116 Mainz
Tel.: 06131/24041-16
Fax.: 06131/24041-50
Heinz.mueller@ism-mainz.de

Integration durch Sozialraumorientierung: Die Weiterentwicklung und Öffnung der Sozialen Infrastruktur für Migranten und Migrantinnen durch Lebensweltbezug, Vernetzung und Partizipation

1. Ausgangslage

1.1 Die Ausgestaltung der Zu- und Einwanderung als zentrales kommunalpolitisches Handlungsfeld

Die Gestaltung der Zu- und Einwanderungstatsache stellt eine zentrale kommunalpolitische Aufgabe dar. Vor allem seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts lassen sich verschiedene Formen der Migration beschreiben, die die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in den Kommunen nachhaltig verändert haben. Von der Gastarbeiterära über die Zuwanderung von Flüchtlingen bis hin zur Ost-West-Migration nach dem Ende des Kalten Krieges haben ganz unterschiedliche Migrationsbewegungen jeweils verschiedene Formen der Zu- und Einwanderung hervorgebracht (Arbeitsmigration, Flucht, Aus-/Übersiedlung, Saisonarbeit etc.). Der europäische Einigungsprozess ermöglicht darüber hinaus eine kontinuierliche Migration innerhalb Westeuropas.

Migration ist ein Kernbestandteil moderner Gesellschaften und Motor gesellschaftlicher Entwicklung. Durch Mobilität und Migration verändern sich in zunehmendem Maße die Lebensbedingungen und lebensweltlichen Bezugssysteme von jungen Menschen und Familien, werden neue Lebensperspektiven und Ressourcen ebenso wie neue Risiken und gesellschaftliche Konfliktslagen eröffnet. Durch die wachsende Entgrenzung von Lebensräumen, Ökonomien und Kommunikationsformen wird in Zukunft der Wechsel des Lebensortes eher die Regel als die Ausnahme darstellen. Auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels wird Zuwanderung künftig verstärkt notwendig sein. Auch ohne neue Zuwanderung wird aufgrund der generativen Effekte der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund weiter wachsen.

Diese Entwicklung betrifft zwar mehr oder weniger alle Kommunen, im wesentlichen aber die westdeutschen Großstädte, in denen 4/5 aller Ausländer und Ausländerinnen leben. Prognosen zu Folge wird hier der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf etwa 50% wachsen. Ende 2002 lebten in Mainz etwa 32.300 Menschen ohne deutschen Pass. Das entspricht einem Bevölkerungsanteil von ca. 16%. (vgl. Stadt Mainz 2004). Damit hat Mainz neben der Stadt Ludwigshafen den höchsten Ausländeranteil in Rheinland-Pfalz. Diese Zahlen sind allerdings wenig aussagekräftig, da hier die eingebürgerten Ausländer und Aussiedler nicht mit berücksichtigt sind. Da es sich hierbei ebenfalls um Menschen mit Migrationshintergrund handelt und ihre Lebenslagen sich nicht grundlegend von Nicht-Eingebürgerten unterscheiden, müssen sie dazu gezählt werden. So würde sich ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung deutlich erhöhen.

Diese gesamtstädtischen Daten bedürfen nicht nur einer genaueren Erfassung aller relevanten Migrantengruppen, sondern auch einer kleinräumigen Analyse, da die innerstädtische Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den meisten Kommunen eine ähnliche Kontur zeigt. Menschen mit Migrationshintergrund sind häufig in bestimmten Stadtteilen

überproportional vertreten. So liegt bspw. der Anteil von Ausländern in der Mainzer Neustadt bei weit über 30% und in Mombach und in der Altstadt bei ca. 23%. In der Mainzer Neustadt lebt etwa die Hälfte aller in Mainz lebenden Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Auch hier müssten ergänzend die eingebürgerten Migranten hinzugezählt werden, um das Bild zu vervollständigen.

Vielfach wird diese innerstädtische Segregation von Migranten und Migrantinnen als Intergrationshemmnis und als Ausdruck von Desintegration beschrieben. Nicht hinterfragt wird dabei, ob die Segregation freiwillig oder unfreiwillig erfolgte. Unfreiwillige Segregationsprozesse finden z.B. aufgrund von sozialer Benachteiligungen, Ausgrenzung und Diskriminierungen statt, da für bestimmte Migrantengruppen der freie Zugang zum Wohnungsmarkt (z.B. Höhe der Mieten, Selektion durch Vermieter) versperrt bleibt. Eine räumliche Konzentration von Menschen mit Migrationshintergrund findet vor allem in Gebieten mit „besonderem Entwicklungsbedarf“ statt, weil hier insbesondere Bevölkerungsgruppen mit niedrigem sozioökonomischen Status leben (Deutsche wie Zugewanderte). Die Ausbildung von „Einwandererkolonien“ kann aber nicht nur einseitig als Problem beschrieben werden. Ebenso zeigen sich hier Integrationspotentiale, durch die Ermöglichung eines langsamen Hineinwachsens in die Mehrheitsgesellschaft, den Aufbau und die Nutzung von Migrantennetzwerken, die dazu beitragen, dass eine spezifische Infrastruktur entsteht, die Zugewanderte sozial auffängt, aber auch vermittelnd zu anderen Versorgungsangeboten tätig ist. Die räumliche Segregation wird dann zu einer Mobilitätsfalle, wenn keine Verbindung zur Mehrheitsgesellschaft besteht, der Zugang zur Regelversorgung versperrt bleibt und gesellschaftliche Teilhabechancen auf Dauer nicht eröffnet werden. Hier zeigt sich besonderer Handlungsbedarf zur Vernetzung der sozialen Infrastruktur mit Migrantenselbstorganisationen, die eine Scharnierstelle zur Regelversorgung bilden können. Diese Potentiale sind vielfach noch ungenutzt (vgl. Stauf 2004).

Obwohl die Bundesrepublik seit Jahrzehnten eines der größten Einwanderungsländer der Welt darstellt, wurde diese Tatsache lange Zeit geleugnet und als Gestaltungsaufgabe verkannt. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, dass große Teile der zugewanderten bzw. ausländischen Wohnbevölkerung strukturell marginalisiert sind. Hohe Arbeitslosigkeit, Armut, schlechte Wohnraumversorgung und höhere Gesundheitsrisiken gehören hier ebenso dazu wie erhebliche Benachteiligungen von Migranten im Schulsystem. Die jüngst veröffentlichten PISA-Ergebnisse und der 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung haben gezeigt, dass nach wie vor die soziale Herkunft sowie die Nationalität in entscheidender Weise Einfluss auf den Bildungserfolg von jungen Menschen nimmt (vgl. BMFSFJ 2005, S. 80, Baumert 2001). Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund weisen heute immer noch geringere Bildungschancen auf. Diese Formen sozialer Benachteiligung und Ausgrenzung gelten für neu Zugewanderte ebenso wie für Aussiedler und die 2. und 3. Migrantengeneration, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2004; Hamburger 2004).

Aufgrund der Heterogenität der Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund muss dieses Strukturmuster sozialer Benachteiligung genauer analysiert werden. Die Lebenslagen von Migranten und Migrantinnen haben sich stark verändert und differenziert. In vielen Gesellschaftsbereichen gehört Migration heute zur Normalität und auch die Potentiale der MigrantInnen werden zunehmend anerkannt. Auch wenn sich zahlreiche Beispiele für „Migrationsgewinner“ heute finden lassen, so wächst die Gruppe der „Migrationsverlierer“ doch in beachtlichem Tempo.

Alles in allem zeigt sich, dass die Ausgestaltung der Zuwanderungsgesellschaft eine bedeutende strategische Zukunftsaufgabe darstellt, die zwar maßgeblich von bundespolitischen Weichenstellungen abhängt, aber immer auch lokal gelöst werden muss. Das Zusammenleben von Menschen findet vor Ort in den Kommunen und in den jeweiligen Sozialräumen statt. Soziale Problem- und gesellschaftliche Konfliktlagen werden in den Stadtteilen, in den sozialen Nahräumen und den dort ansässigen Institutionen sichtbar und erfahrbar und müssen dort bearbeitet werden. Nur dort können die komplexen Gestaltungsaufgaben gelöst werden.

1.2. Migration als Bezugspunkt für die Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur (Bsp. Jugendhilfe, Schule, Migrantenselbstorganisationen)

Für die Jugendhilfe ist die Auseinandersetzung mit den Folgen und Aufgaben von Migration kein neues Thema. In den vergangenen Jahrzehnten wurden hier unterschiedliche Angebote und Konzepte entwickelt, die von migrationsspezifischen Beratungsangeboten bis hin zu interkulturellen Ansätzen in der Regelversorgung reichen (vgl. Hamburger 1994). Vor allem in den Großstädten findet sich häufig eine historisch gewachsene und plurale Träger-, Projekt-, Angebots- und Selbsthilfelandchaft, die mehr oder weniger gut bedarfsorientiert in die soziale Infrastruktur eingepasst ist. Wie in anderen Feldern der Jugendhilfe sind die Angebote im Migrationsbereich häufig spezialisiert, wenig vernetzt oder an projektbezogene Fördermittel gebunden, die wenig Planungssicherheit zulassen. Trotz dieser Angebote ist der Umgang mit den Anforderungen, die sich aus der Einwanderungstatsache ergeben, längst keine Selbstverständlichkeit für die Jugendhilfe.

Neben zahlreichen einschlägigen Untersuchungen weist vor allem der 11. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung darauf hin, dass nach wie vor zu vielen Angeboten der Jugendhilfe Zugangsbarrieren bestehen und konzeptionell Migrationsfragen nur wenig Rechnung getragen wird. Auch liegen bislang nur wenig Kenntnisse über die Inanspruchnahme der Kinder- und Jugendhilfe vor, weil sie über die bisher üblichen Verfahren der Sozialberichterstattung nur unzulänglich erfasst werden (BMFSFJ 2002, S. 210)

Das Beispiel Kindertagesstätten

In Folge der PISA-Debatte wird die Bedeutung von Kindertagesstätten im Hinblick auf die Ausgestaltung von adäquaten Betreuungs- und Bildungsangeboten für junge Menschen und damit auch von Migrantenkindern neu entdeckt. Die Entwicklungsrückstände im Kindertagesstättenbereich z.B. bei der Förderung von Zwei-Sprachigkeit, bei der Elternarbeit, der Öffnung zum Gemeinwesen und der Gestaltung von Übergängen zur Schule werden offenkundig. Mit der Ausweitung von Sprachförderangeboten werden zwar spezifische Handlungsbedarfe aufgegriffen, die isoliert betrachtet nicht hinreichend sind, um eine zielgruppen- und bedarfsorientierte Konzept- und Infrastrukturentwicklung zu betreiben. Bislang ist über die tatsächliche Leistung der Kindertagesstätten und ihren Beitrag zur Förderung und Integration zu wenig bekannt, um darauf aufbauend Handlungsansätze zu entwickeln.

Das Beispiel Jugendarbeit

Durch Migration hat sich auch das Handlungsfeld der Jugendarbeit grundlegend verändert und an Bedeutung gewonnen. Vor allem in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil stellen Migrantenjugendliche einen Großteil der Besucher in den offenen Angeboten, die mitunter auch zu „Besetzungskonflikten“ führen. Gerade die offenen Angebote stellen Räume mit

„Anwesenheitsberechtigung“ dar und bieten Gelegenheitsstrukturen zur Identitätsbildung, im Zugang zu anderen Erfahrungswelten oder zu Beratung und Hilfe. Auch hier ist wenig darüber bekannt, welche spezifische Funktion die Jugendarbeit für Migrant*innen hat, wo Zugangsbarrieren und Beteiligungsmöglichkeiten liegen und wie die spezifischen Handlungsbedarfe im Zusammenspiel mit anderen Akteuren (z.B. Schule, Migrant*innenorganisationen) angegangen werden können.

Das Beispiel Jugendberufshilfe

Die Jugendberufshilfe ist ein bedeutsames Förderinstrument für Migrant*innen. Aufgrund ihrer strukturellen Benachteiligung im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt verfügt die Jugendberufshilfe über ein breites Spektrum an Methoden und Instrumenten, um Zugangsmöglichkeiten zu Ausbildung und Beschäftigung zu eröffnen. Aber auch hier stellt sich die Frage, wie dieses Handlungsfeld mit Blick auf die Zielgruppe „Migrant*innen“ besser mit anderen Infrastrukturangeboten vernetzt werden kann, um stärker ganzheitlich und präventiv mit den Lebenslagenproblemen und Bewältigungsanforderungen umgehen zu können (vgl. Füllbier 2002, S. 764).

Das Beispiel Hilfen zur Erziehung

In den Hilfen zur Erziehung sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund eher unterrepräsentiert, obwohl sie bei allen Risiko- und Problemlagen insgesamt höhere Belastungen aufzeigen. Auch hier liegen genaue Daten aufgrund der unterschiedlichen aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen nicht vor. Aus einzelnen Studien weiß man allerdings, dass Migrant*innen vor allem bei den intervenierenden Hilfen und Maßnahmen (z.B. Inobhutnahmen) oder solchen, die im Kontext von Straffälligkeit stehen, deutlich überrepräsentiert sind (vgl. Müller, Schmutz 2005; SPI 2002). Diese Feststellung trifft auch auf die Jugendgerichtshilfe zu. Handlungsbedarf bei den Hilfen zur Erziehung zeigt sich nicht nur in konzeptioneller Hinsicht (z.B. bei der sozialpädagogischen Familienhilfe), sondern vor allem bei der Frage, wie Zugangsbarrieren abgebaut und niedrigschwellige Unterstützungssysteme aufgebaut werden können, die stärker als bisher die Selbsthilfepotentiale der Migrant*innen im Sozialraum erfassen, um Problemeskalationen und teure intervenierende Hilfen zu vermeiden.

Das Beispiel Schule

Die Schule stellt für junge Menschen heute einen zentralen und unhintergehbaren Lebens- und Sozialisationsort in der Lebensphase Kindheit und Jugend dar. Die Schule ist dabei nicht nur die Institution, die über die Zertifizierung von Lernleistungen den Zugang zur Arbeitswelt eröffnet (bzw. verschließt), sondern auch ein sozialer Ort, an dem sich jugendkulturelle Ausdrucksformen bilden, soziale Orientierungen in der Auseinandersetzung mit Gleichaltrigen entstehen, Selbstwert und Anerkennung erfahrbar aber auch Bewältigungsprobleme frühzeitig sichtbar werden. Nur langsam öffnet sich Schule zum Gemeinwesen und findet eine Anpassung von Schulprogrammen an eine pluraler gewordene Lebenswelt statt. Die Kooperation mit außerschulischen Partnern bildet eher die Ausnahme denn die Regel, in dem systematisch die Schnittstellen und Potentiale zur Ausgestaltung der Einwanderungstatsache genutzt werden.

Das Beispiel Migrantenselbstorganisationen

Auch in Mainz gibt es mittlerweile zahlreiche Vereine und Initiativgruppen, die vielfältige Aktivitäten im Gemeinwesen gestalten, die von kulturellen und sportlichen Angeboten bis hin zur Hausaufgabenhilfe und Sprachkursen reichen. Diese spezifischen Erfahrungen, Wissensbestände und Zugänge zu der Zielgruppe „Migranten“ werden bislang allerdings nur unzureichend wahrgenommen, anerkannt und gefördert. Migrantenselbstorganisationen, die sich und ihre Möglichkeiten einbringen wollen, treffen nicht selten auf Desinteresse, Skepsis oder Ablehnung. Dies ist erstaunlich, da viele Institutionen, wie Verbände, Ämter oder Schulen häufig die geringen Zugangsmöglichkeiten zu den Lebenswelten von Migranten beklagen (vgl. Stauf 2004, Bundesbeauftragte für Ausländerfragen 2002).

1.3. Handlungsbedarfe

Mit Blick auf diese skizzenhafte Beschreibung kann einerseits angenommen werden, dass die Anforderungen, die sich aus der Einwanderungstatsache ergeben, in der Kinder- und Jugendhilfe angekommen sind und sich eine vielfältige, häufig auch unübersichtliche Praxis herausgebildet hat. Andererseits kann vor dem Hintergrund der Feststellung, dass es sich bei dem Thema „Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft“ um eine zentrale kommunalpolitischen Zukunfts- und Querschnittsaufgabe handelt, ebenso deutlich herausgearbeitet werden, dass punktuelle und versäulte Handlungskonzepte nicht ausreichen, um die soziale Infrastruktur den durch Migration veränderten Lebenswelten und Bewältigungsanforderung von jungen Menschen und Familien anzupassen.

Darüber hinaus zeichnet sich gegenwärtig ein starker Wandel ab, der auf vier Ebenen neue Herausforderungen beschreiben lässt:

1. Auf der Ebene der Infrastruktur gibt es eine Reihe von rechtlichen, institutionellen und organisatorischen Veränderungen. Diese werden durch Hartz IV, die neue Zuwanderungsgesetzgebung und durch Präferenzen in der Bildungspolitik hervorgerufen. Sie wirken sich teilweise direkt, teilweise indirekt auf die Lebenslagen und die Angebote für junge Migranten aus. Diese Veränderungen im Zusammenhang zu überblicken und vor allem die Folgen veränderter Zuständigkeiten zu sortieren, ist notwendig.
2. Die Lebenslage der jungen Menschen differenziert sich aus. Es gibt nach wie vor Jugendliche ohne Qualifikation und Perspektive, gleichzeitig viele Jugendliche mit durchwachsenen Möglichkeiten und Optionen und es gibt sehr erfolgreiche Migrantenselbstorganisationen. Wie sich diese Lebenslagen auf kommunaler Ebene ausprägen, ist nicht bekannt. Auch ist es nicht bekannt welche Entwicklungen mit der stetigen Transformation der Einwanderung (Annahme der Zuwanderung von Aussiedlern und Flüchtlingen, neue Formen der Arbeitsmigration, Verlagerung der Zuwanderung auf Asien u.a.) verbunden sind.
3. Die Bedarfe an Migranten werden unübersichtlicher. In spezifischen Sparten sind Bedarfe kontinuierlich ausgeprägt (Saisonarbeit), in anderen gehen die Bedarfe zurück, neue entstehen auf speziellen Arbeitsmarktsegmenten. Die Verwerfungen der Arbeitsmärkte halten an, die Zurechnung von Inländern und Ausländern zu zukünftigen Entwicklungen sind unsicher; langfristige Prognosen über einen erheblichen Zuwanderungsbedarf geraten in immer schärferen Gegensatz zu kurz- und mittelfristigen Blockierungen der Zuwanderungspolitik. In spezifischen Segmenten entsteht einerseits ein großer Bedarf an

mittlerer Qualifikation, zum Beispiel Handwerk, gleichzeitig werden in diesem Milieu besonders wenige Migrant*innen gefördert und als eigener Nachwuchs angesprochen.

4. Das Jugendamt der Stadt Mainz hat in seinen Leitlinien den sozialräumlichen Umbau und die Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur festgelegt. Das zentrale Ziel dieses Umbauprozesses besteht darin, die soziale Infrastruktur stärker an den sozialräumlichen Bedarfslagen auszurichten, Angebote zu vernetzen und sozialräumliche Ressourcen zu erschließen und zu nutzen. Damit sind weitreichende Anforderungen an die professionellen Handlungskonzepte, den Aufbau von Planungsstrukturen, die Ausgestaltung von Beteiligungsmöglichkeiten und die Kooperation der Träger und Institutionen verbunden. Eine Schwerpunktlegung auf die Frage, welche Handlungsbedarfe und Ressourcen sich im Bereich Kinder, Jugendliche und Familien mit Migrationshintergrund in den einzelnen Sozialräumen zeigen, könnte eine inhaltliche Verbindungslinie zwischen den einzelnen Leistungsfeldern der Jugendhilfe und anderen Institutionen (Schule, Arbeitsverwaltung etc.) und ein zentrales Element für den Umbauprozess darstellen.

2. Ziele und Vorgehensweisen

2.1 Die sozialräumliche Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur als kommunale Gestaltungsaufgabe in der Stadt Mainz

Die Übersetzung der hier aufgezeigten Handlungsbedarfe verweist auf die Notwendigkeit, das Thema "Kinder, Jugendliche und Familien mit Migrationshintergrund" im Rahmen von Infrastrukturplanungsprozessen aufzugreifen und mit einem Schwerpunkt zu versehen. Bisher fehlen für diesen Bereich kommunale Gesamtkonzepte (vgl. Filsinger 1998) und in entsprechender Weise auch Planungsansätze für die Jugendhilfe. Da mit diesem Thema weitgehend Neuland betreten wird, scheint es notwendig, den Aufbau von Planungsstrukturen und -prozessen im Rahmen eines Modellprojekts anzugehen, das folgende Elemente enthält:

1. Analyse der Sozialstruktur und Jugendhilfeleistungsdaten, Aufbau einer Sozialberichterstattung

In einem ersten Schritt sollte die Aufbereitung demographischer und soziostruktureller Daten (sozialräumlich) erfolgen, um Aufschluss über die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien mit Migrationshintergrund (z.B. Alterstruktur, Armut, Arbeit, Wohnen, Familienformen) zu erhalten. Ebenso gehört dazu, die Aufbereitung von Jugendhilfeleistungsdaten (z.B. Migrant*innen in Kindertagesstätten, in der Jugendgerichtshilfe, den Hilfen zur Erziehung, NutzerInnen von Jugendeinrichtungen, der Jugendberufshilfe etc.), um die Angebots- und Nachfragesituation genauer analysieren und beschreiben zu können. Erhoben werden sollen nur leicht zugängliche Daten, um eine erste quantitative Bestandsaufnahme und Situationsbeschreibung vornehmen zu können. Dieser Zugang über Statistiken dient aber auch dazu, Erfassungsprobleme genauer analysieren und veränderte Erhebungsmodi ausarbeiten zu können, damit künftig Lebenslagen und Jugendhilfeleistungsdaten in diesem Bereich erfasst und Eingang in eine kontinuierliche Sozialberichterstattung finden können.

2. Bestands- und Bedarfserhebung zu Einrichtungen, Angeboten und Diensten sowie zu Migrantenselbstorganisationen

Dieser Schritt soll dazu dienen, einen ersten Überblick über Einrichtungen, Angebote und Dienste zu bekommen, die mit der Zielgruppe junge Migranten direkt oder indirekt befasst sind. Die Bestandserhebung soll mit Hilfe einer schriftlichen Befragung durchgeführt werden, mittels deren nicht nur Rahmenbedingungen und Arbeitsansätze erfasst, sondern auch konzeptionelle Handlungsbedarfe erhoben werden (Was ist vorhanden? Was fehlt? Was läuft gut? Wo liegen Schwierigkeiten? Welche Zielgruppe wird erreicht? Welche nicht? Warum? Was wäre zu tun?). Diese Bestandserhebung hat eine doppelte Funktion. In einem direkten Verwertungszusammenhang können die Befragungsergebnisse in einem Ratgeber/ Wegweiser zusammengestellt werden (z.B. Broschüre oder im Internet), um Ratsuchenden wie Professionellen einen raschen Überblick bei migrationsspezifischen Fragen zu geben. In einem zweiten Schritt sollen die Befragungsergebnisse unter sozialräumlichen und zielgruppenspezifischen Gesichtspunkten ausgewertet werden, um Lücken in der sozialen Infrastruktur zu identifizieren sowie Ressourcen und Vernetzungspotentiale aufzeigen zu können. Vor dem Hintergrund der Sozialstruktur- und Jugendhilfeleistungsdaten liefert die Bestandsaufnahme zu Infrastrukturangeboten eine unabdingbare Basis für den Aufbau von Planungsstrukturen und -prozessen in der Stadt und in den Sozialräumen, um Veränderungs- und Steuerungsstrategien entwickeln und gezielt Schwerpunkte legen zu können.

3. Recherche zu Problem-, Problemlösungs- und Handlungsbedarfswissen

Der Begriff der Recherche soll signalisieren, dass keine Untersuchung um ihrer selbst willen oder aus wissenschaftlichen Interessen geplant ist, sondern eine an praktischen Fragestellungen entlang gehende Untersuchung erfolgen soll. Die Recherche will auf der Ebene der tätigen Akteure das vorhandene Problem-, Problemlösungs- und Handlungsbedarfswissen erheben. Damit nicht allzu große blinde Flecken der Wahrnehmung produziert werden, soll explizit auch das Nichtwissen der Akteure und ihre Vermutungen zu nicht offensichtlichen Problemlagen abgefragt werden. Ergänzende Rechschritte sind zur Prüfung solcher „Hypothesen“ sinnvoll. Die Recherche bezieht sich schwerpunktmäßig auf die sozialpädagogischen Felder im weiteren Sinne und auf die Bereiche mit kommunaler Verantwortung oder Steuerungsrelevanz. Einbezogen werden sollen aber auch Selbstorganisationen von Migranten.

Die Recherche soll verknüpft werden mit anderen laufenden Untersuchungen oder Veränderungsstrategien und -prozessen, zum Beispiel im Hinblick auf die Bildung von sozialen Handlungsräumen. Inhaltlich bezieht sich die Recherche auf nicht bewältigte und auf bewältigte Problemlagen. Es soll also bewusst auch erhoben werden, wo etwas gemacht wird, gut gemacht wird und nicht nur auf Defizite abgehoben werden. Damit steigt auch das Wissen darüber, wie Probleme gelöst werden können. Strukturierungen sind wünschenswert nach Altersgruppen (Vorkindergartenkinder, Kindergartenkinder, Schulkinder, Übergangsbereich Schule-Ausbildung, Jugendliche) und nach Sozialräumen. Eine weitere Strukturierung soll aus den Merkmalen der sozialen Infrastruktur abgeleitet werden (Akteure vorhanden/nicht vorhanden, Kompetenz und Interessenslage u.a.) Koordination und Kooperation, Entwicklungsoptionen und -potenziale. In die Recherche sollen relevante Schlüsselpersonen aus den unterschiedlichen Arbeitsfeldern einbezogen werden, die auf der Basis von Interviews bspw. im Rahmen von Workshops (z.B. nach ausgewählten Sozialräumen) durchgeführt

wird. Auf der Basis der Bausteine 1 und 2 dient dieser Schritt dazu, erste Schwerpunktleitungen unter Beteiligung der relevanten Akteure festzulegen.

4. Aufbau von Planungsstrukturen und Planungsprozessen

In einem weiteren Schritt (kann auch parallel zur Recherche laufen) sollen z.B. in ausgewählten Sozialräumen oder arbeitsfeldbezogenen Planungsstrukturen unter Einbindung der relevanten Akteure gebildet werden. Vor dem Hintergrund der bis dahin vorliegenden Ergebnisse lassen sich erste Planungsworkshops gestalten, Ziele ausarbeiten und konkrete Abhandlungsschritte identifizieren. Diese Planungsgremien dienen ebenfalls zur Vernetzung der Akteure, um eine abgestimmte Infrastrukturentwicklung betreiben zu können.

5. Unterstützung bei der Konzeptentwicklung, Fortbildung und Qualitätsentwicklung

Der Aufbau von Planungsstrukturen und -prozessen soll durch Fortbildungsveranstaltungen begleitet werden, um ausgewählte Querschnittsfragen vertiefend zu bearbeiten. Um eine möglichst hohe Praxisrelevanz zu gewährleisten, sollen die Fortbildungsinhalte auch in Konzeptionentwicklungen einfließen. Um zu gewährleisten, dass die anvisierten Ziele aus dem Planungsprozess auch erreicht bzw. Anpassungen vorgenommen und die Arbeit in den Institutionen entsprechend dokumentiert werden kann, sollen Evaluationsinstrumente entwickelt werden, die eine Basis für weitere Planungs- und Qualitätsentwicklungsprozesse liefern können. Hier wäre darauf zu achten, dass über diese Instrumente Kinder und Jugendliche selbst zu Wort kommen können (z.B. Nutzerbefragungen).

6. wissenschaftliche Begleitung, Evaluation

Das hier konzipierte Projekt betritt noch weitgehend Neuland, da bislang in nur wenigen bundesdeutschen Kommunen kommunale Gesamtkonzepte zur Vernetzung und abgestimmte Planungen im Bereich Kinder, Jugendliche und Familien mit Migrationshintergrund vorliegen (vgl. Filsinger, Bertelsmann-Stiftung). Aus diesem Grund soll das Projekt wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden, um Übertragungsmöglichkeiten zu identifizieren. Das heißt, eine Evaluation erfolgt sowohl auf der Prozesse- wie auf der Ergebnisebene. Auf der Prozessebene wird danach gefragt, welche Instrumente und Vorgehensweise dazu geführt haben, dass sozialräumliche Planungsstrukturen aufgebaut und beteiligungsorientiert kooperative und zielgruppenspezifische Konzeptentwicklung stattgefunden hat. Auf der Ergebnisebene soll überprüft werden, was am Ende des Projektzeitraum an sozialräumlichen Arbeitsansätzen entwickelt und umgesetzt wurde.

7. Dokumentation

Die Ergebnisse der einzelnen Projektbausteine werden in Einzelberichten dokumentiert, da sie auch als Arbeitsmaterial dienen. Nach Abschluss des Projektes wird ein Abschlussbericht mit Handlungsempfehlungen und einer Zwischenbilanz erstellt.

8. Einrichtung einer Steuerungsgruppe

Die Umsetzung dieses Projektansatzes macht es erforderlich, dass auf gesamtstädtischer Ebene eine Steuerungsgruppe eingerichtet wird, um alle relevanten Akteure aus der Stadtverwaltung, den Wohlfahrtsverbänden, Vereinen, Migrantenselbstorganisationen etc. einzubinden und die Gesamtkoordination zu gewährleisten. Des Weiteren soll über die Steuerungsgruppe die Schnittstelle zu Ausschüssen (Jugendhilfeausschuss etc.) und der Kommunalpolitik hergestellt werden.

2.2 Arbeitsplan, Methoden und Zeitrahmen

Das hier skizzierte Projekt erfordert eine Laufzeit von 3 Jahren (1.5.2006 – 30.04.2009).

1. **Aufbau von sozialräumlich ausgerichteten Planungs-, Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen, die auf eine verbesserte Integration von Kindern, Jugendlichen und Familien mit Migrationshintergrund zielen (Leitziel: Methoden in den Punkten 1 - 7 nachfolgend dargestellt)**

Zeitraum: 1.5.2006-30.4.2009

2. **Aufbau einer kommunalen und sozialräumlichen Berichterstattung in dem Bereich Kinder, Jugendliche und Familien mit Migrationshintergrund**

Methoden: Sozialstrukturanalyse, Analyse der Nachfragesituation von jungen Menschen und Familien mit Migrationshintergrund in ausgewählten Leistungsfeldern (z.B. Kinder- und Jugendhilfe), Auswertung, Dokumentation, Entwicklung verbesserter Erfassungsmodi im Rahmen von Sozialstruktur- und Nachfrageanalysen

Zeitraum: 1.5.2006-30.4.2007

3. **Bestands- und Bedarfserhebung zu Einrichtungen, Angeboten und Diensten für junge Menschen und ihre Familien mit Migrationshintergrund sowie zu Potentialen von Migrantenselbstorganisationen**

Methoden: standardisierte, schriftliche Befragung von Diensten, Einrichtungen und Migrantenselbstorganisationen, Erstellung eines Wegweisers (z.B. Homepage)

Zeitraum: 1.5.2006-30.4.2007

4. **Qualifizierte Aufbereitung von Problem-, Problemlösungs- und Handlungsbedarfswissen**

Methoden: qualitative Interviews, Workshops in den fünf Sozialräumen, Auswertung und Dokumentation

Zeitraum: 1.10.2006-31.3.2007

5. Aufbau von Kooperations-, Planungs- und Vernetzungsstrukturen in ausgewählten Sozialräumen

Methoden: Durchführung von Workshops, Ausarbeitung von Kooperationsvereinbarungen, Erstellung von Projektstrukturplänen

Zeitraum: 31.3.2007-31.10.2007

6. Konzeptentwicklung, Qualitätsentwicklung, Fortbildung

Methoden: Fortbildung zu ausgewählten Schwerpunktthemen, Erstellung von Konzepten, Evaluation von Umsetzungserfahrungen durch eine Nutzerbefragung

Zeitraum: 1.11.2007-31.1.2009

7. Evaluation, Dokumentation und Übertragbarkeit, Öffentlichkeitsarbeit

Methoden: Auswertung der Prozessschritte, Auswertung der Projekterträge durch (teil-)standardisierte Befragungen von Experten und Nutzern, Tagung

Zeitraum: 1.2.2009-30.4.2009 (Dokumentation) und 1.11.2007-31.1.2009 (Evaluation)

3. Finanzen

| | |
|-----------------------------------|---------------------|
| Personalkosten | |
| wissenschaftliches Personal | 177.258,09€ |
| Sachbearbeitung | 29.211,73 € |
| Hilfskräfte | 7.000 € |
| gesamt Personal | 219.469,82 € |
| Sachkosten | |
| Verbrauchsmaterial | 12.250 € |
| Infrastruktur (Büro, Telefon, PC) | 27.132 € |
| gesamt Sachkosten | 39.382 € |
| wissenschaftliche Leitung | 0 € |
| gesamt Netto | 253.851,82 € |

4. Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: Daten – Fakten - Trends. Strukturdaten der ausländischen Bevölkerung. Stand 2004. Berlin 2004 (a)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Elfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin 2002

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Berlin 2005

Baumert, I. u.a. (HG): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen 2001

Filsinger, Dieter (unter Mitarbeit von Marianne Lück-Filsinger): Kommunale Gesamtkonzepte zur Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher (Expertise für das Deutsche Jugendinstitut). München 1998

Füllbier, Paul: Jugendsozialarbeit. In: Schöer, Wolfgang; Struck, Norbert; Wolff, Mechthild (Hg.): Handbuch Kinder- und Jugendhilfe. Weinheim und München 2002

Hamburger, Franz: Lebensweltorientierte Sozialarbeit mit Migranten. In: Grunwald, Klaus; Thiersch, Hans (Hg.): Praxis lebensweltorientierter Sozialer Arbeit. Weinheim und München 2004, S. 265- 280 (2004 b)

Hamburger, Franz: Pädagogik der Einwanderungsgesellschaft. Frankfurt am Main 1994

Müller, Heinz; Schmutz, Elisabeth: Evaluation der Hilfen zur Erziehung in der Stadt Ludwigshafen. Mainz 2005

Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V. (Hg.): Migrantenkinder in der Jugendhilfe. München 2002

Stadt Mainz: Migrationskonzeption Stadt Mainz. Mainz 2004

Stauf, Eva: Migrantenorganisationen in Rheinland-Pfalz: Potenziale, Partnerschaften, Probleme. Mainz 2004